

Der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt Frankfurt am Main

Stuttgarter Str. 18-24, 60329 Frankfurt, Tel. 38989-185, Fax 38989-612, e-mail gprl@f.ssa.hessen.de

- Vorsitzendenteam –

- Marianne Friemelt - Sebastian Guttman - Klaus Schermelleh -

An die Stadtverordneten
der Parteien im Stadtparlament

Frankfurt, 30.5.07

OFFENER BRIEF

PPP-Projekt an vier Frankfurter Schulen

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Vertretung aller Frankfurter Lehrkräfte wenden wir uns kurz vor dem Beschluss über die Sanierung von vier Frankfurter Schulen im Rahmen einer PPP-Finanzierung an Sie.

In den nächsten **zwanzig** Jahren sollen jährlich **12,2 Millionen Euro** in den Stadthaushalt eingestellt werden, um die Leasingraten für diese vier Schulen an die Investoren zu zahlen. Dieser Betrag entspricht 23 % der Investitionsausgaben im Bildungshaushalt aus dem Jahr 2005. Das heißt, auf zwanzig Jahre hinaus wird für vier Schulen ein Betrag in einer Größenordnung gebunden, der Baumaßnahmen in anderen Schulen massiv beeinträchtigt, wenn nicht unmöglich macht.

Wir sprechen uns sehr wohl dafür aus, dass die vier Schulen saniert werden, denn sie haben lange genug auf die Sanierung gewartet, länger, als sie dies unter herkömmlichen Umständen hätten tun müssen. Jedoch stellt die genannte Leasingrate eine Benachteiligung der ca. 150 anderen Frankfurter Schulen auf einen sehr langen Zeitraum dar. Dazu kommen Erfahrungen aus dem Offenbacher PPP-Projekt, die zeigen, dass Leasingraten am Anfang niedriger gehalten werden, um die Akzeptanz zu fördern. Dieser Verdacht liegt auch im Frankfurter Fall nahe, da nur die erste Leasingrate gegenüber der Öffentlichkeit genannt wird, die weiteren Konditionen aber fehlen.

Wir protestieren auch dagegen, dass aus den negativen Erfahrungen im Bildungszentrum Ostend allen kritischen Einwänden zum Trotz keine Lehren gezogen werden. Alle wesentlichen Kritikpunkte wie fehlende Transparenz der Entscheidung, prinzipielle Geheimhaltung der Unterlagen gegenüber dem Parlament sowie vermutlich falsche Wirtschaftlichkeitsgutachten treffen auch wieder auf das neue Projekt zu. (Das Gutachten, das im vorliegenden Fall abgegeben wurde, stammt von einem Unternehmen, das ausweislich seiner Homepage selbst Partei ist!)

Wir fordern Sie auf, die kritischen Anmerkungen des Revisionsamtes zu berücksichtigen, das darauf hinweist, dass Leasing-Raten nichts anderes als eine Kreditverpflichtung in anderem Gewand sind, die im Grunde der vorherigen Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde bedürfte. Auch den Nachweis über die Wirtschaftlichkeit sieht das Revisionsamt als nicht erbracht

an. Andere Landkreise haben gerade aus Wirtschaftlichkeitsgründen von PPP-Projekten Abstand genommen!

Besonders beunruhigt sind wir über die mit dem Projekt einhergehende Entdemokratisierung. Einerseits sind wir verpflichtet, unseren Schülerinnen und Schülern demokratisches Bewusstsein zu vermitteln, gleichzeitig sind wir mit einer zunehmenden Wahlmüdigkeit gerade unter jungen Erwachsenen konfrontiert. Wenn Parlamentarier es dulden, dass ihnen Entscheidungsgrundlagen über kostenintensive Projekte vorenthalten werden und sie Dinge, deren Hintergründe nur einem kleinsten Kreis bekannt sind bzw. der Geheimhaltung unterliegen, einfach „abnicken“ sollen, dann fördert dies Frustration und Wahleuthaltung bei den Wählerinnen und Wählern, die sehr genau spüren, dass die Demokratie durch solche Vorgehensweise ausgehöhlt wird.

Unsere Schülerinnen und Schüler sollen in Frankfurt einen Ausbildungs- und später einen Arbeitsplatz finden. Großinvestoren aber bilden bekanntermaßen prozentual wenig oder gar nicht aus, ja, sie setzen Subunternehmen ein, die ihr Personal zu Dumpinglöhnen beschäftigen. Dass in Frankfurt ansässige mittelständische Betriebe sich gegen PPP-Projekte aussprechen, ist für uns nachvollziehbar. Wir unterstützen diesen Protest, weil wir für unsere Schülerinnen und Schüler Beschäftigungsmöglichkeiten zu tariflich abgesicherten Bedingungen wünschen.

Wir fordern Sie auf, dem Projekt nicht zuzustimmen und stattdessen schnellstens in städtischer Regie betriebene Maßnahmen für die betroffenen Schulen zu beschließen, die geeignet sind, den durch die langen Verhandlungen bereits eingetretenen Zeitverlust wieder aufzuholen.

Mit freundlichen Grüßen

Cc: Presse
Staatliches Schulamt, Stadtschulamt